WH
. Elektrizitäts-Werk
Neuenbürg.
trompreise
Monat April 1924
40 ₰, Kraft für Klein
er und Haushaltung
Kraft für Großabnehme
für Nachtstrom 5,6
B.-St.

Wir empfehlen
unserem Lager
Neuenbürg in der
Sonne" folgende
ttermittel
Futtermehl Nr. 5.
chmehl Nr. 5 1/2.
Kleie, Mais,
Maisschrot,
Maismehl,
Weizen,
sowie sämtliche
Weiß-
d Brotmehle
hervorragender
Qualität.
hert & Schmidt,
Vertreten durch:
ugen Mahler,
enbürg, Telef. 101.

Neuenbürg.
ett-Bodenwichse,
Fußbodenöl,
nlack, Stahlspähne
erstklassige Fabrikate)
lt billig
Carl Mahler,
Telefon 61.

Birkenfeld.
Garten,
ster Lage an der alten
imer-Straße gelegen
n Höchstangebot zu ver
10,55 qm. Näheres
Bahnhofstraße 28.

Herrenalb.
10 tüchtige
Arbeiter
sofort eintreten bei
l Geuser K.-G.,
Dampfsägewerk.

erreichenbach.
ufe eine erstklassige
24 Wochen
trächtige
Kalbin.
Fritz Rusterer.

Pforzheimer
ld-Ankaufstelle
old, Silber, Platin
ren und fein, sowie
Schmucksachen zum
elzen, Rosen und
nten, ferner Gold-
Silbermünzen, in-
nd ausländische.
metall-Handlung
A. Metsch,
heim, Waisenhaus-
k 4, Tel. 3468.
WH

Bezugspreis: Bei Abholung in Neuenbürg 75 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 75 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen. Girokonto Nr. 24 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 18, außerh. 20 Goldpfennig mit Inf.-Steuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunftserteilung 20 Mk. Reklame-Zeile 50 Goldpfennig. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der in Fälle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 80 | Neuenbürg, Donnerstag, den 3. April 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 1. April. (Amtsantritt des evangelischen Kirchenpräsidenten.) Der neue Kirchenpräsident der evangelischen Landeskirche, D. Dr. von Merz, hat heute sein Amt übernommen und der neugebildete Oberkirchenrat ist erstmals zusammengetreten. Die in die neue Oberkirchenbehörde übergetretenen Mitglieder wurden durch Hinweis auf das frühere Gelübde verpflichtet. Nachmittags empfing der Kirchenpräsident Vertreter der Presse, wobei er nach Begrüßungsworten hervorhob, er kenne die Bedeutung der Presse für das kulturelle Leben unseres Volkes und wünsche, daß die Arbeit der Kirche für das geistige und sittliche Wohl unserer Volksgemeinschaft auch in der Presse ihr Echo finde. Im bevorstehenden Wahlkampf werde die evangelische Kirchenleitung neutral bleiben. Sie wage zu hoffen, daß alle auf dem Boden der geltenden staatlichen Ordnung stehenden Parteien der sittlich-religiösen Arbeit der Kirche Würdigung zuteil werden lassen und ihren Mitgliedern bei der Betätigung in diesem Sinn kein Hindernis in den Weg legen. Als öffentlich-rechtliche Körperschaft werde sie sich dem Volksganzen einfügen und ihre Angelegenheiten selbständig ordnen mit der Absicht, das Wohl des Ganzen dadurch zu fördern. In der Not der Gegenwart vertraue sie, daß alle, die zur evangelischen Landeskirche gehören, sich auf diese Grundsätze für unsere Kirche vereinigen und sie ins Leben hinaustragen. Oberkirchenrat Dr. Müller sprach den Wunsch aus, daß die Frage der finanziellen Leistungen des Staates für die Kirche bald aus der öffentlichen Erörterung verschwinde und die Kirche sich ungehemmt der Pflege des sittlichen und religiösen Lebens in unserem Volke widmen könne. Prälat D. Schöll sprach dann noch über die innerkirchlichen Aufgaben der Gegenwart und zwar in religiöser, weltanschauungsmäßiger, sittlicher und kultureller Hinsicht. Er gab der Zuversicht Ausdruck, daß die evangelische Kirche ihre Stellung im Volksleben voll behaupten und sich als eine Segensmacht ersten Ranges erweisen werde.

Karlsruhe, 1. April. Letzten Samstag und Sonntag fand hier der Parteitag der badischen Sozialdemokratie statt. Der von dem Landessekretär Reinbold erstattete Geschäftsbericht bemerkt u. a., daß die Frauenbewegung und die Beamtenbewegung noch manches zu wünschen übrig lasse, daß sich dagegen die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und die Jugendbewegung in bester Weise gestaltete. Im Verhältnis zu den Kommunisten sei eine Ernüchterung eingetreten. Dem Parteitag lag eine größere Anzahl von Anträgen vor, darunter verschiedene über die Wiedererrichtung von abgebauten Parteisekretariaten. Lebhaft besprochen wurde ein Antrag Heidelberg über Anstragen parteitaktischer Meinungsverschiedenheiten in bürgerlichen Zeitungen. Es wurde dabei die Frage aufgeworfen, ob die Mitarbeit in der „Glocke" oder in den „Sozialistischen Monatsheften", die keine offiziellen sozialdemokratischen Parteiblätter sind, erlaubt ist und ob eine Streitfrage der Partei z. B. in der „Karlsruher Zeitung" behandelt werden dürfe. Schließlich wurde der Antrag zurückgezogen. — Die sozialdemokratische Partei Badens hat für die Reichstagswahl folgende Liste aufgestellt: Redakteur Oskar Geck in Mannheim, Redakteur Georg Schöpflin in Karlsruhe, Kaufmann Stephan Meier in Freiburg, Geschäftsführer Adolf Schwarz in Mannheim, Kassenbeamter Oskar Graf in Pforzheim, Buchdruckereibesitzer Adolf Geck in Offenburg, Ehefrau Theresia Blase in Mannheim, Schriftsetzer Karl Großhans in Konstanz.

Hamm, 1. April. Nachdem kürzlich in der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung mit Unterstützung der Linken dem General Ludendorff das Ehrenbürgerrecht entzogen worden war, stellte in der letzten Stadtverordnetensitzung ein sozialdemokratischer Stadtverordneter dem Magistrat die Frage, ob ihm bekannt sei, daß eine Straße in Hamm den Namen eines Hochverräters trage. Zu Beginn der sich entwickelnden Aussprache gab das Zentrum einstimmig die Erklärung ab, daß es sich zwar durch Ludendorff schwer beleidigt und verleumdet fühle, daß es aber keine kleinliche Rache üben wolle und sich deshalb an der Abstimmung nicht beteiligen würde. Oberbürgermeister Schlichter erklärte auf die Anfrage, die Benennung der Straßen sei Sache der Polizeiverwaltung. Im Jahre 1919 sei die Straße zum Dank für die Befreiung Ostpreußens Ludendorffstraße genannt worden. Sie trage ihren Namen nach dem Feldherrn, nicht nach dem Politiker Ludendorff. Bei der Erwägung, ob nicht das Gefühl der Dankbarkeit jetzt nach der Münchener Tat, die zu verurteilen sei, zurückstehen solle, müsse man aber auch die Gründe der Tat berücksichtigen. Er sei dafür, es bei dem jetzigen Namen zu belassen. Das Stadtverordnetenkollegium stimmte diesen Ausführungen zu.

Königsberg, 1. April. Im Reichsbahndirektionsbezirk Königsberg wurde für die in der eigentlichen Bahnunterhaltung tätigen Arbeiter vom 15. März bis 15. Oktober zur vollen Ausnutzung der günstigen Jahreszeit eine zehnstündige werktägige Arbeitszeit angeordnet. Ein Teil der im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten Arbeiter der Königsberger Bahnmeisterei weigerte sich trotz der Warnung der Verwaltung, die zehnte Arbeitsstunde zu leisten. Diesen Arbeitern, etwa ein Drittel der Gesamtbelegschaft, wurde das Dienstverhältnis fristlos gekündigt. Der Dienstbetrieb wird unter Ersetzung der Entlassenen durch neue, zur Einstellung kommende Arbeitskräfte aufrecht erhalten.

Reichswehrminister Geßler zur Lage.

Bei einem „Deutschen Abend" in Nürnberg, der so zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte, daß die Polizei schon eine Stunde vor Beginn den Saal sperren mußte, hielt Reichswehrminister Geßler die Festrede. Er wies darauf hin, daß das deutsche Volk in der Welt allein stehe und daß niemand in der Welt bereit sei, für Deutschland etwas zu tun. Wenn die Beschlüsse der Sachverständigenkommission für Deutschland annehmbar sein sollten, so müßte man sich doch klar sein, daß sie unendlich Schweres vom deutschen Volke verlangen würden. Es sei aber auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sie vom deutschen Volke Unmögliches fordern. Dann erhebe sich die Frage, wie man darauf antworten soll. Er sei sich mit den militärischen Führern darin einig, daß ein aktiver Widerstand mit der Waffe eine Unmöglichkeit sei. Das deutsche Volk dürfe nicht wie ein Negerstamm in einen aussichtslosen Kampf gegen die aufs Höchste ausgebaute militärische Macht Frankreichs getrieben werden. Solche Pläne seien ein Verbrechen am deutschen Volke. Das deutsche Volk habe ein Recht, daß sich seine Führer den Weg, den sie gehen wollten, genau überlegen. Es gebe nur zwei Möglichkeiten, entweder zu warten, bis die Atmosphäre in der Welt sich allmählich ändere oder eine Politik des Trutzes aufzunehmen. Dabei sei immerhin die Möglichkeit gegeben, daß der erste Weg an einer gewissen Stelle auf den zweiten Weg stoße. Für jeden Weg, wenn er zum Ziele führen solle, sei es aber notwendig, daß ihn der größte Teil des Volkes geschlossen und einig gehe. Die Verfassung von Weimar sei ein Notbau, der solange halten müsse, bis das deutsche Volk auf dem andern Ufer sei. So wie die Verhältnisse jetzt zwischen Reich und Ländern sich gestaltet hätten, seien sie zu einer Unmöglichkeit geworden. Es müsse wieder eine Atmosphäre zwischen den Ländern geschaffen werden, die eine Austragung der Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten auf sachlichem Wege ermögliche. Jedem Versuch, die Verfassung gewaltsam zu ändern, werde die Reichsregierung mit allen Mitteln, auch auf dem Wege der Gewalt, entgegentreten.

Ueberreichung der deutschen Antwort in Paris.

Berlin, 1. April. Die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Note des Botschafterrates in Sachen der Militärkontrolle ist am Dienstag nachmittag 5 Uhr durch den deutschen Botschafter von Hoesch in Paris überreicht worden. Sie geht von der Note des Botschafterrates vom 5. März aus und erwidert, daß darin grundsätzlich die alliierten Mächte bereit wären, Deutschland die auf ihm ruhenden Lasten der Kontrolle zu erleichtern. Diese sagten indessen, daß sie sich, nachdem die Kontrolle während des größten Teils des Jahres 1923 geruht habe, von dem gegenwärtigen Rüstungszustand Deutschlands kein Bild machen könnten, bevor er nicht noch einmal nach allen Richtungen hin nachgeprüft sei. Deutschland griff dann den vom Botschafterrat gemachten Vorschlag auf, indem es ihn zu einem Gegenvorschlag umgestaltete in der Form, daß die Durchführung der von dem Botschafterrat beschränkten Aufgaben der Militärkontrolle von vornherein in die Hände keines anderen Organes als in die des Völkerbundes zu legen sei, der Begründung, daß eine Nation von Tradition und lebendem Gefühl für Nationalwürde auf die Dauer unmöglich alles auf die Formel: „Befehl oder Unterwerfung" stellen könne. Rein sachlich bedeutet dieser deutsche Gegenvorschlag ein sehr starkes Entgegenkommen. Für Formal-Juristen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aufgaben der Militärkontrolle erschöpft sind und die Weiterbeobachtung der deutschen Rüstung Sache des Völkerbundes ist. Die deutsche Regierung war aber in der schwierigen Lage, daß ein glattes „Nein" die Reparationsverhandlungen stören würde, da außerdem der Vorschlag der Botschafterkonferenz einer englischen Anregung entsprach. Unter diesen Umständen hat sie sich zu ihrem sehr weitgehenden Entgegenkommen entschlossen, einem Entgegenkommen, das ihr vom größten Teil der Bevölkerung verdacht werden wird und das höchstens dadurch verständlicher wird, daß gleichzeitig die Frage der allgemeinen Abrüstung, die nach dem Versailler Vertrag die Folge der deutschen Abrüstung sein sollte, wieder mehr in den Vordergrund geschoben werden wird.

Ausland.

Frankreich und die Rede Stresemanns.

Paris, 1. April. Der Berliner Berichterstatter des „Journal" erfährt in alliierten diplomatischen Kreisen — dabei kann es sich nur um die französische Botschaft handeln —, daß die Rede Stresemanns in Hannover außerordentlich peinlichen Eindruck hervorgerufen habe. Man sei bezüglich der künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sehr pessimistisch. Stresemann habe die ungesetzmäßigen Revanchorganisationen gefeiert, und keine französische Regierung würde dies jemals vergessen können. Der Berichterstatter des „Journal" behauptet, daß es sich in Deutschland jetzt um eine allgemeine Offensive der Reichsregierung gegen den Versailler Vertrag handle und besonders in der Frage der Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch. Deutschland sei auch entschlossen, eine Kontrolle seiner Finanzen nicht zu dulden und die Umwandlung seiner Eisenbahnen in eine internationale Gesellschaft nicht zuzulassen. Außerdem lehne es die Reparationszahlungen ab, dagegen fordere es die bedingungslose Aufgabe der Besetzung des Ruhrgebietes und des linken Rheinufers.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Gemeinderatssitzung am 1. April 1924.) Der Gemeinderat versammelte sich an der Villastraße, besichtigte die dortigen Straßenbauarbeiten und nahm dann die Beratungen auf dem Rathaus auf.

Die Anbringung des Bodens am Kriegerdenkmal wurde dem Bauwerkmeister Geiger hier übertragen.

Die in den ordentlichen Voranschlag für 1924 aufzunehmenden Bauarbeiten wurden einer ersten Beratung unterzogen; die gewöhnlichen Unterhaltungsarbeiten an Gebäuden usw. fanden keine Beanstandung; für die neu einzustellenden Arbeiten wünscht der Gemeinderat bis zur zweiten Beratung eine gedrängte Uebersicht für jedes Gemeinderatsmitglied. Sodann wurden die Möglichkeiten der Geldbeschaffung für Neubauten erwogen und der Vorsitzende ersucht, weiterhin bemüht zu bleiben, um Geld für Wohnungsbauten zu beschaffen. In Verbindung damit wurde die Frage beraten, ob von der in der neuesten Landessteuernotverordnung gegebenen Möglichkeit, für die Gemeinde einen Zuschlag zu der Gebäude-Entschuldungssteuer von monatlich 0,4 Prozent des Steuerkatasters zu erheben und diesen Zuschlag evtl. ausschließlich für Wohnungsbau zu verwenden, Gebrauch gemacht werden solle. Mit Rücksicht darauf, daß die steuerliche Belastung der Gebäude — neben 20 Prozent Gebäudesteuer ab 1. 4. noch 14,4 Prozent Gebäude-Entschuldungssteuer jährlich aus dem vollen Kataster — sowieso schon hoch ist und die Stellungnahme anderer Gemeinden noch nicht vorliegt, auch die vom Min. d. J. bei der Mietzinsberechnung für April als Ersatz der Betriebskosten vorgesehenen 25 Prozent der Friedensmiete ohnehin knapp bemessen sind und die Erhebung des Zuschlags demnach auch eine Erhöhung dieses Prozentsatzes herbeiführen würde, entschloß sich der Gemeinderat, diesen Zuschlag zunächst für den Monat April nicht zu erheben.

Hinsichtlich der Getränkesteuer beschloß der Gemeinderat, nachdem durch die erwähnte Landessteuernotverordnung ein Zwang zur Erhebung derselben für die hiesige Stadtgemeinde nicht mehr besteht, die Steuer vorerst — zunächst für den Monat April — nicht zu erheben, dann aber sofort einzuführen, wenn sich herausstellt, daß für die Getränke in den hiesigen Wirtschaften dieselben Preise gelten, wie in Gemeinden, wo die Steuer erhoben wird.

Der Tarif des Elektrizitätswerks für Licht und Kraft im April ist im Ausschuß eingehend vorberaten. Die Preise mußten auf neuer Grundlage kalkuliert werden und betragen: für Licht 40 Pfennig, für Kraft 20 Pfennig, für Großabnehmer 14 Pfennig für 1 KWSt. Der Ausschußantrag fand Annahme.

Der am 31. 3. stattgefundene Stangenverkauf der Stadtpflege wird genehmigt. Nach dem Voranschlag des Unterstützungsausschusses soll an die Rentner eine verbilligte Mehlabgabe stattfinden. Die Mittel für die Verbilligung stammen von Herrn Moll in New-York und einem hiesigen, nicht genannt sein wollenden Spender.

Schluß der Sitzung 9¼ Uhr. K.

Neuenbürg, 1. April. Der Monat, dessen erster Tag nach altem Volksglauben der Todestag, nach anderer Lesung auch der Geburtstag des Verräters Judas Ischariot sein soll, ist ein sehr unbeständiger Gesell. Das Wetter macht jetzt schon seine tollsten Sprünge; und ein Sprichwort sagt: „Wetterwendisch wie der April". Karl der Große gab dem Monat den Namen Ostermond. Wahrlich der Inbegriff innigster Freude, der für den Christen in dem Gedanken des Osterfestes zu Tage tritt, kommt in den kommenden Wochen sichtbar auch in dem Grünen jeder Wiese, jedes Baumes und Strauches, überhaupt in jeder Aeußerung der Natur zum Ausdruck. In allen Regenbogenfarben glänzt es in Feld und Flur. Die Vögel sind jetzt im April alle zurück und viel tausendstimmig erschallt bereits wieder innerhalb und außerhalb der Wälder ihr Singen, Zirren und Rufen. Dieser Monat, der uns so manchen holden Frühlingstag beschert, ist sehr oft nicht der wetterwendische Narr, als den ihn eine gedankenlose Ueberlieferung an den Pranger zu stellen beliebt. Zur Zeit kann man seiner nicht lobend gedenken.

Konfirmanden von Herrenalb.

Johann Roser, Heinz Rudolph, Heinrich Schaible, Karl Weiß, Robert Schumacher, Ernst Hafer, Fritz Bender, Willy Kull, Erich Kübler, Hermann Waidner, Karl Pfeifer.

Hildegard Schilling, Mina Bühler, Anna Lacher, Lurie Lacher, Elise Roser, Frida Bürkle, Frida Gräßle, Maria Regel, Maria Pfeifer, Martha Gräßle, Mathilde Stoll, Helene Weiß, Sophie Reuer, Berta Waidner, Marie Kull, Hedwig Müller, Emma Mayer, Rosa Waidner.

Konfirmanden von Bernbach.

Ernst Geckle, Artur Ebner, Wilhelm Bitz, Christian Kull.

Marie Kull, Emma Geckle, Lina Ebner, Hilda Kull, Emma Pfeifer, Emilie Faas, Olga Sieb, Marie Knöller, Hedwig Kull, Emma Sieb, Marie Kull.

Württemberg.

Bad Teinach, 1. April. Die Krokusblüte auf dem Jakobsstein befindet sich gegenwärtig in voller Entfaltung und bietet dem Blumen- und Naturfreund eine schöne Augenweide.

Stuttgart, 2. April. (Ergebnis der Viehzählung.) Das endgültige Ergebnis der Viehzählung in Württemberg am 1. Oktober 1923 ergab an Rindvieh 1 013 900 Stück gegen 983 539 am 1. Dezember 1922 und 1 123 903 am 1. Dezember 1913. Die Zahl der Schafe belief sich auf 273 367 gegen 260 130 bzw. 328 021.

Heilbronn, 2. April. (Stillegung des Betriebs im Salzwerk.) Im Salzwerk ist es bezüglich der Arbeitszeit zu Differenzen gekommen. Der Betrieb ruht.

Neckarsulm, 2. April. (Ein kaltes Bad.) Abends stieg ein Mann, nur mit Unterhose und Hemd bekleidet, in das Bassin des Marktplatzbrunnens, um zu baden. Der Bedauernswerte wurde nach Hause geschafft. Er leidet unter geistigen Störungen, von einem Kopfschuß aus dem Kriege herrührend.

Rottweil, 2. April. (Beleidigung der Polizeiwehr.) Anläßlich der bekannten Vorgänge in Schwenningen im November v. Js. hatte das dortige sozialdemokratische Organ, die Volksstimme, scharfe Angriffe gegen die Polizeiwehr gerichtet. Auf Antrag des Innenministers Bolz erhob die Staatsanwaltschaft Rottweil gegen den verantwortlichen Redakteur der Volksstimme, Lorenz Bröhl, öffentliche Klage wegen Beleidigung der Polizeiwehr. Bröhl hatte sich deswegen vor dem hiesigen Amtsgericht zu verantworten. Die mehr als vierstündige Verhandlung endigte mit der Verurteilung des Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe, Veröffentlichung des Urteils in der Volksstimme, sowie Tragung der Kosten des Verfahrens.

Rottweil, 2. April. (Kandidaten.) Für die hiesige Stadtvorstandsstelle haben bisher folgende Herren ihre Bewerbung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

eingereicht: Regierungsrat Abrell-Stuttgart, Gerichtsassessor Hirzel-Horb, früher Rechtsanwalt in Rottweil, Verwaltungssekretär Friedrich Schiller-Berlin, Syndikus Dr. Münzer-Frankfurt a. M. und Assessor Dr. Krüger-Wittenberg.

Blaubeuren, 2. April. (Der Blautopf siedet.) Ein besonders schönes Schauspiel bietet zurzeit der Blautopf, der durch die Schneeschmelze der letzten Tage in gewaltigem Strudel riesige Wassermassen zur Oberfläche bringt. Er „siedet", wie der Volksmund sagt. Seit Jahrzehnten warf er keine solchen Wassermassen über das Wehr wie heuer.

Aprilscherze. In unserer an Not und Elend so reichen Zeit ist die alte Sitte, den lieben Nebenmenschen in den April zu schicken, etwas aus der Mode gekommen. Aber hin und wieder haben Witz und Humor doch noch ihr Daseinsrecht behauptet und so haben auch einige Zeitungen den Scherz gemacht, ihren Lesern zum 1. April einen Bären aufzubinden.

Das „Seeblatt" weiß zu berichten, man sei sich in Stuttgart darüber klar geworden, daß im Hinblick auf den bevorstehenden Massenbesuch in der Schweiz nach Einführung des Kleinen Grenzverkehrs in Friedrichshafen ein neues Oberamt errichtet werden müsse. Einige Gemeinden des Oberamts Tettnang würden nun Friedrichshafen zugeteilt und Tettnang werde durch die preußische Exklave Achberg entschädigt, womit dann auch die preußische Atmosphäre in Tettnang ihren Einzug halte.

Laut „Anzeiger von Wurzach" hat in einem aufgehobenen Oberamt unterhalb der Strige ein Kapitalschwein 17 lebende Junge zur Welt gebracht, aber ihre sämtlichen Kinder, von einem tollwütigen Hunde in den Rüssel gebissen, in einem Anfall von Schweinetollwut aufgefressen. Der Hund hat dann auch noch fünf zum Trocknen aufgehängten Katzenfellen die Kehlen durchgebissen, und nun sind sämtliche Katzen im Ort erschossen worden.

Laut „Anzeiger vom Oberland" haben einige Mitglieder des Sportvereins Biberach bei Grabarbeiten eine Erdölquelle entdeckt und eine Erdöl-A.-G. gegründet, deren Reingewinn zum Bau eines Riesensportplatzes nach Art des Berliner Stadions verwendet werden soll.

In der „Rottenburger Zeitung" wird aus Bad Niedernau berichtet, daß die Römerquelle am Ausgang der Wolfschlucht einen Wärmegrad von über 45 Grad habe und daß auch die Berg- und Olgaquelle in Niedernau eine höhere Temperatur aufweisen. Der Verwaltungsrat des Bades wird die warmen Quellen wissenschaftlich untersuchen lassen und wird eine Propaganda entfalten, der ohne Zweifel ein rasches Aufblühen des Bades folgen darf, denn die Quellen in Wiesbaden und Baden-Baden hätten dieselben Temperaturen.

Nach dem „Ulmer Tagblatt" ist die Frage der Münsterplatzbebauung dadurch gelöst worden, daß ein auswärtiges Konsortium auf dem Raum zwischen Apostelstraße und Dolle ein unterirdisches Kaffee-Restaurant mit Radio-Musik-Uebertragung und Dachgärten anbringen will. Die Ulmer sollen nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr auf dem Münsterplatz eine Volksabstimmung vornehmen. Wer für das Projekt ist, stellt sich beim Löwenbrunnen, wer dagegen ist, beim Wartehäuschen auf.

„Der Grenzer" in Freudenstadt teilt eine gemalte Regelung der Kurmusik in der kommenden Saison mit. Auf dem Herzog-Friedrich-Turm wird ein riesiger Radio-Empfangsapparat aufgestellt, der Kurpublikum und Einwohnerschaft von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr nachts mit den musikalischen Genüssen der ganzen Welt versorgt und auch auf Zuflucht, Ruhestein und Hornisgrinde gehört werden kann. Der Apparat wird nachmittags von 3 Uhr ab mit Hilfe mehrerer Lastautos zur Stadt hinausbefördert und neben dem Spritzenhaus zur Besichtigung aufgestellt.

Das „Stuttgarter Neue Tagblatt" läßt den Feuersee wegen seiner üblen Düfte durch in den Boden des Sees versenkte Kupferelektroden (elektrische Siedekörper) zum Kochen bringen, um die üble Wasserpest abzutöten und den ganzen See zu sterilisieren. Das Experiment beginnt abends 8 Uhr. Ueberschreiten der Einzäunungen ist lebensgefährlich.

Jetzt fehlt nur noch aus Stuttgart die Nachricht, das Staatsministerium habe beschlossen, das Oberamt Stuttgart aufzuheben, und der Landtag habe im Hinblick auf die Not des Landes die eigenen Diäten abgeschafft und alle seine Mitglieder verpflichtet, im Wahlkampf die Interessen der Partei hinter diejenigen des Vaterlandes zurückzustellen, sowie den Wählern nichts als die lautere Wahrheit zu sagen.

Baden.

Mannheim, 31. März. Schwere Folgen hatte für eine Anzahl junger kommunistischer Arbeiter eine nächtliche Unternehmung zum Ankleben von Propagandazetteln für den Achtstundentag. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei der Former Philipp Schmitt mit einem Revolver schoß. Schmitt wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen in Höhe von 10 Monaten bis herunter zu 2 Monaten.

Wolfach, 1. April. Der in Mühlenbach wohnende Landwirt Matt hat sich beim Rasieren derart ungeschickt in den Hals geschnitten, daß er lebensgefährlich verletzt darniederliegt.

Radolfzell, 2. April. Ein Familienvater hat vor einigen Tagen seinem 5 Jahre alten Kind die Füßchen zusammengebunden, das Kind auf einen Tisch gelegt, die Hände unter der Tischplatte gegeneinander gebunden und unvernünftig auf das Kind eingeschlagen. Hierauf zog er das arme Weien an einem Strick in der Stube umher. Nachbarn nahmen sich des besinnungslosen Kindes an.

Weinheim, 2. April. Auf dem Viernheimer Felde wurde der 65jährige Landwirt J. Peter Bauer vom Blitze erschlagen.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 2. April. Eine hier abgehaltene Kreisversammlung des zweiten Wahlkreisverbandes der Sozialdemokratischen Partei beschloß, für die fünf, den Wahlkreisverband bildenden Oberamtsbezirke einen einheitlichen Wahlvorschlag aufzustellen. Die Kandidaten sind Pflüger-Stuttgart, Speich-Eßlingen, Metzger-Nellingen, Schäfer-Sindelfingen, Wössel-Möhringen, Ofwald-Münster. — Eine in Wäschenbeuren abgehaltene Wahlkreiskonferenz führte zur Zusammenlegung der Oberämter Göppingen, Geislingen, Schorndorf, Welzheim, Gmünd, Aalen und Neresheim zu einem Wahlkreisverband mit folgender Liste: Kinkel-Göppingen, Rehm-Geislingen, Micheler-Aalen, Anna Ziegler-Heilbronn, Kamm-Schorndorf. Ein weiterer Kandidat ist vom Gmünder Ortsverein zu benennen.

Stuttgart, 2. April. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Die Streiklage ist unverändert. Die Reichsbahnverwaltung stellt mehr und mehr neue Ersatzarbeitskräfte ein, die selbstverständlich auch nach Beendigung des Streiks dauernd beschäftigt werden; so wurden zum Beispiel bei einer vom Streik betroffenen größeren Dienststelle alle zur planmäßigen Dienstbesorgung nötigen Arbeitskräfte durch Neueinstellungen vollständig und dauernd ersetzt.

Stuttgart, 2. April. Erfreulicherweise ist in der heutigen Besprechung, zu der auf Einladung des Staatspräsidenten sich die Landesvorsitzenden aller politischen Parteien eingefunden hatten, ohne weiteres eine Verständigung dahin erzielt worden, daß in der Karwoche, d. h. vom Palmsonntag bis Osterfest (je einschließlich) in Württemberg keine Wahlversammlungen gehalten werden. Es wird also in der Karwoche ein gewisser politischer Burgfrieden herrschen. Die übergroße Mehrheit des württ. Volkes wird das mit Genugtuung begrüßen.

Mannheim, 2. April. Wie die Betriebsinspektion mitteilt, geht der Betrieb im Güter- und Personenverkehr geregelt weiter. Wie in Karlsruhe, so ist auch jetzt in Heidelberg die Streikbewegung im Abflauen begriffen.

München, 2. April. Die im Hitlerprozeß verurteilten Angeklagten Hitler, Weber und Kriebel sind nach Landsberg zur Strafverbüßung gebracht worden.

Berlin, 3. April. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Im Lohnstreit des deutschen Buchdruckgewerbes fällte der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuß heute nacht einen Schiedsspruch, der für die Zeit vom 29. 3. bis einschließlich 31. 5. den Spitzenwochenlohn auf 30 Goldmark festsetzt.

Berlin, 2. April. Der preußische Ministerpräsident Braun hat dem Nuntius Pacelli aus Anlaß seines 25jährigen Priesterjubiläums in einem Telegramm die herzlichsten Glückwünsche des preußischen Staatsministeriums ausgesprochen. — Wie an der heutigen Berliner Börse bekannt wurde, hat die Berliner Kleinbankfirma Hans F. Liebardt ihre Zahlungen eingestellt. Außerdem werden aus Düsseldorf die Zahlungseinstellung einer dortigen größeren Bankfirma, die erst vor wenigen Jahren gegründet worden ist und Zahlungsschwierigkeiten weiterer Firmen gemeldet. — In gut unterrichteten englischen Kreisen in Berlin verlautet, daß die Botschafterkonferenz in ihrer nächsten Sitzung am Freitag oder Samstag über die von der deutschen Regierung überreichte Antwortnote über die Militärkontrollfrage sich beschäftigen wird.

Hannover, 2. April. In Grasdorf bei Hannover kam es anläßlich der Gründung eines Ortsvereins des „Stahlhelm" zu einer Schlägerei zwischen Stahlhelmleuten und Arbeitern, wobei der 17jährige Arbeiter Willy Schulz mit einem Degen durch den Hals gestochen wurde. Er ist am Dienstag seiner Verletzung erlegen.

Hamburg, 2. April. In dem Streik der Arbeiter der Flugschiffwerften, die seit Ende Februar ausgesperrt sind, wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen Stundenarbeitslohn von 60 Pfg. bei 48stündiger Wochenarbeitszeit vorsieht. Ferner ist auf Anforderung eine Stunde Mehrarbeit zu leisten. Bei den ebenfalls in Streik befindlichen Arbeitern der Seeschiffswerften sind neue Verhandlungen noch nicht eingeleitet worden.

Breslau, 2. April. 20 Mitglieder einer Falschmünzerbande wurden festgenommen, die schlesisches Notgeld herstellte und vertrieb. Die eigentliche Werkstätte der Fälscher befand sich in Leipzig in der Wohnung eines Maschinenschlossers.

Paris, 2. April. Nach dem „Journal" ist der ehemalige Gouverneur von Metz, der deutsche Infanteriegeneral von Oppen, vom Kriegsgericht des 20. Militärbezirkes in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Die Anklage machte ihn für die angebliche Brandstiftung im Dorfe Jarny, für Plünderungen der Häuser und für die Erschießung von 30 Zivilpersonen verantwortlich.

Paris, 2. April. Der „Petit Parisien" will erfahren haben, daß das von den Sachverständigen vorgeschlagene Moratorium sich auf vier Jahre erstrecken soll.

London, 2. April. Im Unterhause erklärte sich die Regierung grundsätzlich gegen alle Geheimverträge und Geheimklauseln.

Newyork, 3. April. General Bryan erklärte in der Sitzung des kirchlichen Frauenkomitees, die sich mit der deutschen Kinderhilfe befaßte: Wir wünschen den Frieden der Welt. Dem Frieden wird besser gedient, durch die Annahme einer sympathischen Haltung gegenüber Deutschland, als durch Gleichgültigkeit. — Wie die „New-York Tribune" aus Washington meldet, begegnet die Resolution betreffend die Zuwendung von 10 Millionen Dollar für das deutsche Hilfswerk in der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten lebhafter Opposition. U. a. wurde geltend gemacht, daß Sparsamkeit geboten sei. Auch wurde darauf hingewiesen, daß eine Anzahl wohlhabender Deutscher ihr Geld verschwenderisch ausgäben.

Mexiko-City, 2. April. Einer Feuersbrunst, welche im Baumkreis von Tacube-City ausgebrochen war, fielen 26 Tote und 56 Verwundete zum Opfer.

Protestversammlung gegen die Aufteilung der Oberämter.

Stuttgart, 2. April. Im Bügermuseum fand heute vormittag eine große Protestversammlung der sieben aufgehobenen Oberämter Blaubeuren, Brackenheim, Neresheim, Spaichingen, Sulz, Weinsberg und Welzheim statt, zu der aus den genannten Bezirken Hunderte von Männern mit den Frühzügen herbeigeeilt waren, die in geschlossenem Zuge unter Mitführung von Plakaten des Inhalts: Wir lassen uns nicht vergewaltigen, alle Gewalt geht vom Volke aus, vom Bahnhof zum Bürgermuseum gezogen waren. Stadtschultheiß Dr. Winker-Spaichingen begrüßte die Versammlung, die den Saal des Bürgermuseums bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, und stellte fest, daß die Minister, sowie Staatsrat Hegelmaier u. a. schriftlich und mündlich zu der Versammlung eingeladen wurden. (Lebhafte Zurufe: Wo sind sie?) Hierauf erstattete Stadtschultheiß Dorn-Blaubeuren ein längeres Referat über die Aufhebung der Oberämter, wobei er betonte, daß diese sich in der Notwehr befänden. Man habe wieder einmal am falschen Platze gespart. Der ganze Mittelstand in den betreffenden Städten werde von der Regierung zugrunde gerichtet. Wir verwahren uns dagegen, als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Gegen eine vernünftige Neuregelung der Bezirke habe man sich nie gesträubt. Die Aufhebung wirke sich in einer Lastenverschiebung, nicht aber in einer Ersparnis aus. Der Abbau möge da beginnen, wo mit der Revolution der Ausbau angefangen habe. Für die Auswahl der sieben Oberämter seien nicht wirtschaftliche, sondern nur parteipolitische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Warum sei denn südlich der Donau kein Stein vom anderen gekommen? Regierung und Landtag mögen sich hüten, die Bevölkerung zu zwingen, ihr Recht bei der nächsten Landtagswahl zu erkämpfen. Stadtschultheiß Hall-Welzheim teilte mit, daß er inzwischen die Regierung telephonisch gebeten habe, an der Versammlung teilzunehmen. Der Staatspräsident und Minister Bolz hätten geantwortet, die Regierung fühle sich nur dem Landtag gegenüber verantwortlich, aber nicht dieser Versammlung. Man könne ihr nicht zumuten, in dieser Versammlung zu erscheinen, auch lehne sie es ab, weiterhin Deputationen zu empfangen. (Große Unruhe, erregte Zurufe, allgemeine Mißstimmung.) Hierauf kamen die Abgeordneten verschiedener Parteien zum Wort. Der Abg. Bazille (BP.), von der Versammlung mit stürmischen Beifallsrufen begrüßt, erklärte, daß seine Partei nicht des Wählerfolges wegen, sondern bereits 1921 sich gegen die Aufteilung von Oberamtsbezirken ausgesprochen habe, weil es sich bei diesen im Gegensatz zu den Kreisregierungen um lebendige Organismen handle, die nicht zerstört werden dürfen. Der Abbau müsse anderswo beginnen. Drei Ministerien genügten für Württemberg. Nach den vielen seelischen Erregungen könne die Bevölkerung mit Recht verlangen, daß man sie nicht durch solche Probleme erschüttere. Die Oberamtsstädte seien Sitze alter Kultur und gemütvollen schwäbischen Lebens. Ein Eingriff in den Rechtszustand des Landes dürfe nicht von einer Minderheitsregierung gemacht werden, sondern nur durch den Willen des Volkes selbst erfolgen. Es sei bedauerlich, daß die Regierung nicht den Mut gefunden habe, vor eine solch große Zahl wackerer Bürger hinzutreten (stürmischer Beifall). In ähnlichem Sinne sprach sich der Abg. Fischer (BP.) als Vertreter des Mittelstandes aus. Der Abg. Varnholt (DdP.) suchte das Fernbleiben des Staatspräsidenten und des Ministers Schall zu entschuldigen, die in Fraktionssitzungen seien. Redner nannte die Veranstaltung eine Wahlversammlung und polemisierte gegen Bazille, stieß aber auf stürmische Entrüstungsrufe und mußte schließlich, ohne Eindruck erweckt zu haben, abtreten. Der Abg. Bickes (DVP.) sprach sich gegen die Aufteilung der Oberämter aus, durch die keine Ersparnisse erzielt würden und die sich in Anbetracht der großen Erregung im Lande nicht verantworten lasse. Der Abg. Gengler (Ztr.), durch Zwischenrufe oft unterbrochen, legte Verwahrung dagegen ein, daß für die Entschließungen der beiden Zentrumsminister parteipolitische Gesichtspunkte entscheidend gewesen seien. Lediglich die Zweckmäßigkeit haben den Ausschlag gegeben. Der Abg. Kinkel (Soz.) betonte, seine Partei nehme Rücksicht auf das Gesamtwohl des Volkes. Sie wolle ganze Arbeit und kein solches Stückwerk. Der Abg. Groß (Ztr.) führte aus, daß bei der Oberamtsaufteilung keine wesentlichen Ersparnisse erzielt würden. Diese müßten auf anderem Wege und in anderer Form erreicht werden. Hierauf wurde einstimmig eine an den Württ. Landtag gerichtete Entschließung angenommen, die dem Bedauern und der Entrüstung Ausdruck verleiht, daß durch eine an sich verständliche, in ihrer finanziellen Wirkung aber sehr zweifelhafte Sparmaßnahme der Regierung die durch Jahrhunderte gefestigten wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Bezirke durchschnitten und damit weite Kreise des ohnedies hart bedrängten Mittelstandes in ihrer Existenz bedroht werden. Es wird festgestellt, daß die Regierung die schwerwiegenden Gründe gegen diese Abbaumaßnahmen nicht gebührend gewürdigt hat, weshalb der Landtag nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes als traditioneller Hüter der Volksrechte und berufener Fürsorger für das Wohl aller Teile des Landes dringend gebeten wird, die Verordnung des Staatsministeriums aufzuheben. Die Versammlung ist überzeugt, daß im Wege des weiteren Ausbaus der Selbstverwaltung, der Vereinfachung der Gesetzgebung, der Abkürzung des Instanzenzugs und der Zurückführung des Beamtenstandes auf die Vorkriegszeit die auch von ihr als notwendig anerkannte Einschränkung der Staatsausgaben sicher erreicht wird.

An der Versammlung beteiligten sich u. a. aus dem Oberamt Blaubeuren rund 400 Personen, um deretwillen an dem Schnellzug in Ulm 6 Wagen angehängt werden mußten, ferner aus den Oberämtern Sulz, Spaichingen und Welzheim je etwa 150 Personen. Auch die drei anderen Oberämter waren stark vertreten.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 2. April. Der Landtag nahm heute nachmittag seine Beratungen wieder auf, stimmte einem Antrag auf Haftentlassung der komm. Abg. Schneck und Stetter zu, lehnte dagegen einen Antrag auf sofortige Behandlung des Antrages Bazille betr. Aufhebung der Verordnung über die Aenderung der Gerichts- und Oberamtsbezirke gegen die Stimmen der Bürgerpartei ab und hörte dann die Antworten auf zahlreiche Kleine Anfragen an. Hierauf wurde der Entwurf eines Gesetzes über Bürgschaft des Staates für Darlehen zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung in 1. und 2. Lesung angenommen und schließlich in die Beratung der Anträge Bazille und Keil betr. Aufhebung der Verordnung über Aenderung der Oberamts- und Gerichtsbezirke eingetreten. Den Tribünenbesuchern, die sich vorwiegend aus Vertretern der aufgeteilten Oberämter zusammensetzten, gab Präsident Walter die Ermahnung, alle Kundgebungen zu unterlassen, da er sonst die Tribünen räumen lassen werde. Zunächst begründeten die Abgg. Bazille (BP.) und Keil (Soz.) ihre Anträge. Ersterer wies darauf hin, daß im Volke der Glaube bestehe, für die Aufhebung des Landgerichts Hall seien religiöse Momente maßgebend gewesen, und verlangte, daß man dem Volk bei den Wahlen die Entscheidung über diese Frage überlasse. Bei der Demokratie, so sagte der Redner, ist ja Hopfen und Malz verloren, aber beim Zentrum gebe ich die Hoffnung nicht auf, denn hier besteht nur eine Dissonanz zwischen dem Zug des Herzens und der Abhängigkeit vom Ministertisch. Keil bezeichnete die Regierungsverordnung als unzulängliches Stückwerk und verlangte ganze Arbeit. Dann meldeten sich gleich drei Minister, um die viel angefochtene Verordnung zu verteidigen. Minister Bolz berief sich auf das mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Ermächtigungsgesetz und den Auftrag zur Sparsamkeit und Vereinfachung in der Verwaltung. Die Regierung habe pflichtbewußt gehandelt und befinde sich in keiner Verlegenheit. Werde die Verordnung aufgehoben, so müsse sich der nächste Landtag an diese unbedingt notwendige Aufgabe machen. Den Vorwurf der Entscheidung nach konfessionellen Gesichtspunkten nannte der Minister schmutzig und widrig. Justizminister Beyerle wies diese Unterstellung gleichfalls aufs schärfste zurück und erinnerte daran, daß schon die Regierung von 1911 an die Aufhebung des Landgerichts Hall dachte. Finanzminister Schall betonte die Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit, die vor einer Vereinfachung der Bezirksorganisation nicht Halt machen dürfe. Durchschnittlich seien 11 Prozent der Beamten abgebaut. Der Abg. Bock (Ztr.) begründete einen Antrag, die Rechtsgültigkeit der Verordnung bis zum 15. Juni hinauszuschieben. Dieser absterbende Landtag sollte diese Fragen nicht mehr entscheiden, sondern sie seinem Nachfolger überlassen. Der Abg. Scherf (Dem.) berief sich darauf, daß das Ermächtigungsgesetz die deutsche Wirtschaft gerettet habe, nannte den Zentrumsantrag unzweckmäßig, weil er Unsicherheit in die Führung der Verwaltung bringe, und war dafür, daß man Farbe bekenne. An der Pflicht, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, werde sich auch bis zum 15. Juni nichts ändern. Die Rechte treibe nur Bauernfang. Der Abg. Bickes (DVP.) erklärte, man hätte großzügiger abbauen und vor allem das Arbeits- und Ernährungsministerium aufheben sollen. Seine Partei stimme den Anträgen der Bürgerpartei zu, wolle aber der Regierung nicht das Mißtrauen aussprechen. Der Abg. Andre (Ztr.) fand die Verwaltungsreform ungenügend. Dann sprach nochmals der Abg. Bazille, der betonte, daß man vor allem die Revolutionsämter hätte abbauen sollen. Die Ersparnis infolge der Aufhebung der sieben Oberämter sei zu gering. Käme die Rechte zur Regierung, so würde sie die Probleme der Zeit anders anfassen. Die Abgg. von Blume und Varnholt (Dm.) warfen der Rechten Wahlagitation vor. Der Abg. Müller (Kom.) bezeichnete die Verordnung als Flickwerk und hatte die Lacher auf seiner Seite, als er erklärte, das Zentrum wolle scheints mit der Bürgerpartei in die Regierung eintreten. Andre, der sonst wütte wie ein Stier, sei heute so mild gewesen, daß er sicher unter Bazille Minister werde. Bolz werde im Wahlkampf an den abgebauten Oberämtern im Bogen herumfahren. Der Demokratie warf der Redner vor, sie wolle mit aller Sophistik die Tribünenbesucher wirr machen und habe noch einige schäbige Reste alten Wohlstandes zu retten. Die schöne Demokratie sei zu einer brutalen Diktatur geworden. Gegen ¾9 Uhr wurde die Entscheidung auf morgen vormittag ½10 Uhr vertagt.

Zum Konflikt in der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Ludwigshafen, 2. April. Der Terror in der Badischen Anilin- und Sodafabrik nimmt geradezu groteske Formen an. Die Direktion hatte ihre wegen Verweigerung der neuten Arbeitsstunde ausgesperrte Arbeiterschaft durch Zeitungsaufrufe aufgefordert, die Arbeit unter Anerkennung der Tarifverträge und der Schiedssprüche wieder aufzunehmen und ihre Bereitwilligkeit hierzu durch Zusendung einer Postkarte zu bestätigen. Es war nach allem, was über die Stimmung der Leute bekannt war, damit zu rechnen, daß der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft sich melden würde. Da setzte der Terror der Streikleitung in bisher nicht bekanntem Maße ein. Die Briefkästen wurden überwacht, Postsäcke kontrolliert, Bahnhöfe besetzt und

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Arbeiter gehindert, wegzufahren, um in einem nicht überwachten Ort ihre Karten einwerfen zu können. Die Angestellten, die an dem Konflikt nicht beteiligt sind, wurden am Verlassen ihrer Wohnorte gehindert. Es gelang auf diese Weise, die freie Meinungsäußerung zu unterbinden. Die Zahl der sich Meldenden, die immerhin in die Tausende ging, wurde von der Direktion als nicht für genügend erachtet, um die Betriebe mit der nötigen Sicherheit eröffnen zu können, was erst geschehen soll, wenn die Zahl der einlaufenden Karten sich in den nächsten Tagen noch wesentlich vermehrt. Viele Arbeiter fürchten auch bei der Wiederaufnahme der Arbeit belästigt und bedroht zu werden. Auf eine Anfrage wurde von unterrichteter Seite erklärt, daß für diesen Fall nach Möglichkeit für den nötigen Schutz der Arbeitswilligen gesorgt sei. Die Wiedereinstellung soll auch unmittelbar vor der Arbeitsaufnahme innerhalb der Fabrik in dem Betrieb selbst erfolgen.

Vor Einstellung des Verfahrens gegen Kahr, Lossow und Seisser.

Ueber den Gang der Ermittelungen gegen Kahr, Lossow und Seisser werden Einzelheiten bekannt, die darauf hindeuten, daß das Verfahren in kurzer Zeit zur Einstellung gelangen wird. Die Staatsanwaltschaft erblickt in dem Verhalten der drei Herren keine strafbare Handlung. Wie verlautet, ist die Vernehmung der drei Kronzeugen aus dem Hitlerprozeß durch die Staatsanwaltschaft bereits abgeschlossen, und es werden nur noch wenige Zeugen gehört werden, die zum Teil in Berlin kommissarisch vernommen werden sollen. Im Zusammenhang damit erhält sich in Kreisen, die General von Lossow nahestehen, das Gerücht, daß der General nicht nach Bayern zurückkehren werde, sondern daß er sich der türkischen Armee verpflichtet habe. Von zuständiger Stelle wird die Berliner Meldung, daß Kahr und Seisser nicht mehr auf ihre Posten zurückkehren werden, dementiert. Von einer Berufung des früheren Polizeipräsidenten Nortz an die Stelle des früheren Generalstaatskommissars von Kahr durch Beschluß des Gesamtministeriums könne keine Rede sein. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, dem Oberstleutnant Forstner sei das Amt Seissers übertragen worden. Forstner sei nur für die Zeit der Beurlaubung Seissers als dienstältester Offizier der Stellvertreter Seissers.

Zentrumskandidaten gegen die Bayerische Volkspartei.

Wie die „Germania" mitteilt, ist die Anregung der Deutschen Zentrumspartei, mit der Bayerischen Volkspartei zu einem friedlichen Einvernehmen für die Reichstagswahlen zu gelangen, von dieser schroff abgelehnt worden. Die Reichsparteileitung des Zentrums hat infolge dessen beschlossen, in allen vier bayerischen Wahlkreisen eigene Zentrumskandidaten aufzustellen.

Trauerfeier für Dreyer.

Berlin, 2. April. Zu Ehren des in französischer Gefangenschaft verstorbenen deutschen Reichsangehörigen Willy Dreyer fand heute vormittag eine Trauerfeier auf dem Anhalter Bahnhof statt, zu der etwa 160 Abordnungen vaterländischer Vereine und die 10. Kompagnie des 4. Reichswehrinfanterieregiments als Ehrenwache Aufstellung genommen hatten. Auf dem Bahnsteig hatten sich eingefunden als Vertreter der Reichsregierung Vizekanzler Dr. Jarres, Reichswehrminister Dr. Geßler und andere prominente Persönlichkeiten. Unter den Klängen eines Chorals wurde der Sarg in das Fürstenzimmer des Bahnhofes übergeführt. Vizekanzler Dr. Jarres hielt die Trauerrede und führte u. a. aus: Im Namen der Reichsregierung und für das deutsche Volk lege ich dieses Blumenkreuz als letzten Gruß an der Bahre Willy Dreyers nieder. Ob seine **Tat**, die ein fremdes Kriegsgericht ihm zur Last legte, geeignet war, dem Ziele des Abwehrkampfes zu dienen, haben wir nicht zu prüfen. Heißblütige Jugend flügelt nicht wie ein vorsichtig abwiegender Diplomat über das Ob und Wie eines Schrittes; jedenfalls gelangte der Plan des Verstorbenen nicht einmal in vorbereitenden Handlungen zur Ausführung. Für die Absicht allein wurde er vom französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Seine Strafe wurde nachträglich in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt. Kurze Zeit darauf wurde er auf der Insel Saint Martin de Ree zusammen mit gemeinsten Verbrechern eingekerkert. An einem der ersten Frühlingstage dieses Jahres ist er dann verstorben. Zum Skelett abgemagert, fanden die bestürzten Eltern vor wenigen Wochen ihren einzigen Sohn im Krankenhaus der Insel wieder. Der gramgebeugte Vater konnte ihm nur noch die fieberheißen Augen für immer schließen. Beschämend für ein Kulturvolk bleibt die Behandlung, die ihm zuteil wurde. **Aber niederdrückender für jeden Deutschen muß der Gedanke bleiben, daß er durch Verrat der Volksgenossen der fremden Militärmacht in die Hand geliefert wurde.** Wir treten hier heute zusammen, um den für sein Vaterland Gebliebenen den Dank des deutschen Volkes auszusprechen. Schon auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges und im Kampfe für die Freiheit von Oberschlesien hatte der Jüngling sein Blut dahingegeben. Dieses Einzelschicksal in seiner ganzen Tragik muß die Aufmerksamkeit der Welt auf jene weiteren 1500 Opfer des Abwehrkampfes lenken, welche noch jetzt in französischer Gefangenschaft schmachten, namentlich auch die 42 Gefangenen, die wie er, fern von der Heimat und außerhalb der deutschen Grenzen eingekerkert sind. **Am Sarge dieses Toten fordert das deutsche Volk die Entlassung dieser gequälten Opfer ebenso, wie es die Rückkehr der 140 000 Ausgewiesenen verlangt, die der Machtspruch zweier Besatzungsmächte noch immer gewaltsam von Heimat und Herd fernhält.** Der Name von Willy Dreyer wird im deutschen Volke nicht vergessen werden.

Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei.

Hamburg, 2. April. Der Parteitag der Deutschnationalen fand gestern mit einer Kundgebung bei Sagebiel seinen Ausgang. Der erste Redner, Dr. Helfferich, führte u. a. aus: Reichstag und Sozialdemokratie haben vollständig Fiasko erlitten. Ihre marxistischen Probleme sind zerplatzt. Das verhängnisvolle Dogma, daß man ohne sie nicht regieren könne, beherrscht die Demokratische Partei. Das Zentrum hat auch bei der Deutschen Volkspartei Eingang gefunden. Dazu kam das Dogma von der Unmöglichkeit eines Zusammengehens mit dem bösen Deutschnationalen. Die Parole des 4. Mai heißt nun: Festhaltung der nationalen Einheit, des nationalen Willens, der Staatsgewalt. Wir müssen aus der nationalen Opposition zur nationalen Regierung kommen. Der Name und der Geist Bismarcks sollen uns geleiten für die Zukunft. Nach weiteren Ansprachen von Abgeordneten und auch Vertretern der besetzten Gebiete wurde die Kundgebung geschlossen.

Marschall Fochs römische Sendung.

In den Hauptstädten der Kleinen Entente bahnten Foch, Belle und andere Militärs der französischen Diplomatie den Weg. In Rom wird jetzt ein ähnlicher Versuch gemacht. Gerade ein englischer Beobachter hat den Charakter der Vergnügungsreise aufgedeckt. Gemeint ist der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph". Wir lesen in dem Blatte: **„Von einer ausgezeichnet informierten Persönlichkeit, die in außenpolitischen Angelegenheiten als Autorität gelten kann, vernehme ich, daß Poincare dem Marschall Foch die Mission übertragen hat, mit Italien einen Meinungsaustausch über die Regelung der Reparations- und der Sicherungsfrage in die Wege zu leiten und gleichzeitig die gemeinschaftlichen Interessen beider Länder in Zentraleuropa einer Prüfung zu unterziehen. Poincare bietet Italien die Garantie der deutschen Sachleistungen. Frankreich vermag diese Garantie deshalb zu gewähren, weil es durch die Mirum-Verträge den Schlüssel zur Versorgung der Kohle verbrauchenden Industrien besitzt. Außerdem macht Poincare den Vorschlag, zusammen mit Italien die interalliierte Schuldenfrage zu regeln, wenn möglich auf deren Streichung hinzuwirken. Von italienischer Seite wird erwartet Uebereinstimmung mit der französischen Reparationspolitik, namentlich Anerkennung der Mirumverträge; Unterstützung der französischen Sicherungswünsche am linken Rheinufer .... Marschall Foch hat sich zum Interpreten dieser Vorschläge gemacht, die natürlich für die englische Diplomatie von großem Interesse sind, und deren Schicksal bei der weiteren Behandlung der interalliierten Angelegenheiten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt. Wenn nämlich Poincares Versuch, Italien auf die französische Seite zu bekommen, gelingt, so wird Macdonald nicht in der Lage sein, die berechtigten Interessen Englands wahrzunehmen. Die Völkerrundpolitik, der Neuaufbau der europäischen Politik auf internationaler Grundlage wäre wieder in Frage gestellt; es würde sich am grünen Tisch wieder eine Kombination der anderen gegenüberstellen. Die französische Diplomatie mit Belgien würde durch die italienische gestützt werden; die englische Diplomatie käme nicht in die Lage, den Plan Macdonalds als Verhandlungsgrundlage durchzusetzen. Es käme so, wie im Januar 1923, als Bonar Law seine Vorschläge abgelehnt sah, weil Frankreich, Italien und Belgien dagegen waren. Wir wissen, daß Poincare auch diesmal auf dieses Ziel hinarbeitet ...."**

Die Bilanz der Ruhrbesetzung.

Paris, 2. April. „Oeuvre" behauptet heute, daß die Räumung des Ruhrgebiets durch die Franzosen unvermeidlich geworden sei. Was Poincare in seiner letzten Kammerrede über die Ruhr gesagt habe, sei nicht mehr ein Problem, sondern eine Bilanz. Die traurigen Erfahrungen mit dem Ruhrgebiet seien beendet. Vielleicht könnte noch einige Zeit verheimlicht werden, was es gekostet habe; aber es werde unmöglich sein, die Räumung nicht noch vor den französischen Wahlen einzugestehen. Das Ruhrgebiet müsse unbedingt wiederum dem Reich zurückgegeben werden. Vielleicht werde Poincare 4 Mann und einen Korporal des Prinzips wegen im Ruhrgebiet lassen. Das Blatt fragt, warum man nicht offen eingestehe, daß man das Ruhrgebiet räumen möchte, zumal alle Welt in Frankreich, Poincare mit inbegriffen, dazu bereit sei.

Paris baut vor.

Die Freisprechung Ludendorffs scheint den Vorwand geben zu wollen, um es Frankreich zu ermöglichen, die Vorschläge der Sachverständigen abzulehnen, aber Deutschland die Schuld daran beizumessen. Dies geht wenigstens aus dem Leitartikel des „Matin" hervor, in dem es heißt, daß Stresemann das skandalöse Münchner Urteil vorbereitet und gewollt habe. Offiziell der Aufruhr wegen des Versailler Vertrags zur nationalen Pflicht gemacht. Reichskanzler Marx sei wie der alte Reichskanzler Wirth nur der Deckmantel der nationalistischen Politik. Aber in Wahrheit habe ein Zentrumskanzler keinen politischen Wert. Wenn auch die alliierten und amerikanischen Sachverständigen in vollem Bewußtsein gearbeitet hätten, um einen praktischen und berechtigten Reparationsplan auszuarbeiten (man merkt die französische Scheinheiligkeit), und wenn auch Macdonald von einer internationalen Entente träume, um neue Konflikte zu verhindern, so würden alle diese Anstrengungen wie Kartenhäusle an der Tatsache zusammenfallen, daß Ludendorff freigesprochen und daß er mit Zustimmung Stresemanns bejubelt worden sei.

Das „siegreiche" Frankreich.

London, 31. März. In „Strand Magazine" erzählt Sir Arthur Conan Doyle, der während des Krieges im britischen Hauptquartier tätig war, daß ihm Lloyd George im April 1918 folgendes mitteilte: „Ich kann Ihnen verraten, daß die Franzosen fertig sind. Sie geben es selbst zu und wollen den Frieden haben. Dieser Tage fand in Paris eine Versammlung der maßgebenden Persönlichkeiten statt, der Hochfinanz und der Presse, in der beschlossen wurde, sofort für eine Vorbereitung des Friedensschlusses zu sorgen. Wir müssen natürlich dagegen protestieren, denn Amerika will auch seine Chancen ausprobieren. Es ist aber zu befürchten, daß die Franzosen den Amerikanern verbieten, mit ihren Schiffen einzulaufen. Die Situation ist sehr kritisch." Lloyd George hat diese Anekdote nicht dementiert. Und Conan Doyle verspricht, noch mehr auszuplaudern. (Die deutschen Nerven brachen also eine Minute vor zwölf Uhr zusammen. Schriftl.)

Geschäfts-Eröffnung und -Empfehlung.

Der titl. Einwohnerschaft von **Gräfenhausen und Umgebung** bringe ich zur Kenntnis, daß ich in Gräfenhausen bei Herrn **Christian Wolfinger** ein

Sattler- und Tapezier-Geschäft

eröffnet habe. Außer **Neuanfertigungen jeglicher Art** bringe ich alle einschlägigen **Reparaturen** bei prompter Bedienung und billigster Berechnung zur Ausführung und bitte um geneigten Zuspruch.

Franz Müller.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

2. April 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	4,2	4,2
3% Dt. Reichsanl.	0,990	1,025
4% „ „	0,525	0,550
5% „ „	0,100	0,108
3% Württ. Staatsanleihe	0,550	0,550
4% W. Staatsanl.	0,420	0,450
5% Südd. Festverzinsliche Obl.	1,35	1,35
5% Badische Kohlenanleihe	9%	9%
5% Neckar-Goldanleihe	2,2	2,2
Disch. Bank Akt.	9,8	10%
Disconto-Command. Akt.	12	13
Reichsbank Akt.	29	—
Rhein. Creditbank Akt.	3,1	3,3
Württ. Vereinsbank Akt.	3%	3,9
Hapag Akt.	26,2	28
Nordd. Lloyd Akt.	5%	6%
Allg. Lokalb. Akt.	29	30%
Elekt. Hochb. Akt.	40%	41%
A. E. G. Akt.	9,7	10%
Bad. Anilin Akt.	16,3	18

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Benz Akt.	4%	5%
Buderus Akt.	15%	17%
Charlottenburger Wasser Akt.	21%	24
Daiml. Mot. Akt.	4%	5
Gaggenau Eisen Akt.	5%	6%
Germania Linoleum Akt.	10%	11,9
Harp. Bergb. Akt.	62%	66
Höchst. Farb. Akt.	13	14%
Junghans Akt.	9%	10,3
Köln-Rottw. Akt.	7%	8,4
Kollmar & Jourdan Akt.	26	29
Körting Gebr. Akt.	9,1	9,7
Laurahütte Akt.	13	14,3
Megirus Akt.	2,6	2,7
Mansfeld Akt.	9	10,1
N. S. U. Akt.	6,6	6%
Neckarwerke Akt.	7%	7%
Inl. Sichel Akt.	9,1	5
Salz. Heilbr. Akt.	75	78
Stuttg. Zuck. Akt.	4,4	4,9
Württ. Elekt. Akt.	6,3	6,9
Zellstoff Waldhof Akt.	11%	12%

Baugenehmigungen.

Die Behandlung von Baugesuchen in verschiedenen Gemeinden des Bezirks gibt Veranlassung, auf die Einhaltung der Bestimmungen der Bauordnung und der Vollz.-Verfg. hiezu nachdrücklich hinzuweisen. **Bauausführungen vor Erteilung der erforderlichen Genehmigung** durch die Baupolizeibehörden sind **ungesetzlich** und mit allen Mitteln (vgl. § 367, Ziff. 15 Str.-G.-B. und Art. 120 B.-O.) zu verhindern. Strafbar ist jeweils nicht nur der Bauherr, sondern auch Baumeister und Bauhandwerker.

Das Oberamt wird auf vorschriftsmäßige Behandlung und Erledigung aller Bauangelegenheiten dringen. Durch rechtzeitige Einreichung ordnungsmäßiger Baupläne kann eine Verzögerung des Beginnes der Bauarbeiten vermieden werden; im übrigen setzt eine rasche Genehmigung der Baugesuche Beachtung der Bestimmungen der BO. voraus.

Die örtlichen **Baupolizeibehörden** werden erneut angewiesen, entsprechend den Richtlinien der oberamtlichen Runderlasse vom 1. 8. 23 bezw. 19. 3. 24 betreffend Baugenehmigungen zu verfahren und in Anstandsfällen entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Neuenbürg, den 1. April 1924. **Oberamt:** Wagner.

Maul- und Klauenseuche.

Durch eine vorschriftswidrig aus Malsch in Baden eingeführte, bei einem Viehhändler gekaufte Kalbin ist die Seuche in den Oberamtsbezirk eingeschleppt worden; sie ist im Gehöft des Holzhauers **Ernst Roser im oberen Gaistal, Gde. Herrenalb**, festgestellt.

Es werden folgende Anordnungen getroffen:

Sperrbezirk: das obere Gaistal.

Beobachtungsgebiet: der übrige Teil vom Gaistal, ferner Aschenhütte, Zieflesberg und Herrenalb.

15 Km.-Umkreis: Loffenau, Bernbach mit Moosbronn, Dobel, Neusatz, Rotensol, sowie die in diese Zone fallenden Gemeinden der badischen Nachbarbezirke.

Die Ortspolizeibehörden und Landjäger werden erneut angewiesen, auf Beachtung der bestehenden Vorschriften (vgl. §§ 166 ff., 186 ff. der württ. Ausführungsbestimmungen zum Viehseuchengesetz vom 8. 7. 1912, Reg.-Bl. S. 279, ferner die oberamtlichen Bekanntmachungen im Runderlaß vom 25. Februar ds. Js. betr. Viehseuchenbekämpfung und im „Enztäler" Nr. 61 vom 12. März ds. Js.) zu dringen; Nichtbeachtung oder nachlässige Ueberwachung der seuchenpolizeilichen Vorschriften kann Weiterverbreitung der Seuche und damit erheblichen Schaden zur Folge haben.

Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist bei Strafvermeidung und Verlust von Entschädigungsansprüchen sofort den Ortspolizeibehörden anzuzeigen; Zuwiderhandlungen bedürfen nachdrücklicher Weiterverfolgung und Ahndung.

Für weitere Bekanntmachung in den betroffenen Gemeinden ist, soweit erforderlich, Sorge zu tragen.

Neuenbürg, den 3. April 1924. **Oberamt:** Amtmann Heckel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Mietzinse.

Ab 1. April ds. Js. sind vom Min. d. J. neue Bestimmungen getroffen worden, welche im Wortlaut des „Staatsanzeiger" am Rathaus angeschlagen sind.

Stadtschultheiß Knodel.

Stadtpflege Neuenbürg.

Zahlungs-Aufforderung.

Die **Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerpflichtigen** werden zur Entrichtung des am 8. April verfallenen Monatszwölftels der **Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie der Gebäudeentschuldungssteuer** aufgefordert; **äußerster Zahlungstermin ist der 10. April 1924.** Im Falle der Verzögerung in der Bezahlung sind 5 Proz. Verzugszinsen für jeden angefangenen halben Monat zu entrichten.

Der Steuerbetrag wird an der Kasse bekannt gegeben. Besondere Forderungszettel gehen den Steuerpflichtigen nicht zu.

Wer aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage ist, die Steuer bis zum 10. April zu bezahlen, hat vor Ablauf der Zahlungsfrist ein entsprechend begründetes Stundungsgesuch einzureichen.

Den 2. April 1924. Stadtpfleger Essich.

Langholz-Versteigerung.

Die Gemeinde **Ittersbach** versteigert am **Montag, den 7. April 1924** aus ihrem Gemeindewald nachfolgende Hölzer:

31	Fichtenstämme	I. Klasse mit zus.	87,62	Festmeter,
51	„	II. „ „ „	83,97	„
46	„	III. „ „ „	44,81	„
17	„	IV. „ „ „	10,53	„
19	„	V. „ „ „	5,80	„
5	„	VI. „ „ „	1,01	„
18	Forlen und Fichtenabschnitte mit zus.		12,88	„
3	Eichen	III. Klasse mit zus.	3,86	„
15	„	IV. „ „ „	10,86	„
28	„	V. „ „ „	14,21	„
2	„	VI. „ „ „	0,46	„

Zusammenkunft **vorm. 9 Uhr** beim Rathaus in Ittersbach.

Ittersbach, den 2. April 1924.

Der Gemeinderat:
Kappler, Bürgermstr.
Ratschreiber Huber.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bezirks-Arbeitsamt Neuenbürg.

Rathaus Zimmer Nr. 8.
Telefon Nr. 53.

Wir suchen:

Maurer, Maler, Zimmerleute, Hilfsarbeiterinnen, Geschirrspüler, Mädchen für Weißzeug, Köchinnen, Büfettfräulein (auch Anfängerinnen), **Büglerinnen, Hausmädchen, Küchenmädchen,** sowie einen **Lastkraftwagenführer** (möglichst gelernter Schlosser).

Deutsch-demokr. Partei.

Freitag abend wichtige

Besprechung

betr. Stellungnahme zu Wahlangelegenheiten im **„Hirsch“**, Nebenzimmer.

Achtung! Achtung! Bürger!

Kammerjäger **Heidbrink**, langjährig erfahrener Fachmann, übernimmt die Vertilgung sämtlicher Ungeziefer wie **Ratten, Mäuse, Wühlmäuse, Schwaben, Wanzen usw.** unter 2 Jahre schriftlicher Garantie. Erfolg innerhalb 24 Stunden. Für Menschen und Haustiere unschädlich. Völlige Ausrottung des Ungeziefers ist im Interesse der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich.

Bestellungen erbitte sofort unter **Kammerjäger Heidbrink** an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.

Conweiler.

Neuen

Einspänner-Hinterwagen

verkauft

Fr. Renschler II.

Schömberg.

Einen ordentlichen kräftigen

Jungen

nimmt in die Lehre

Friedrich Dürr,
Zimmermeister.

Pfannkuch & Co

Zur

Konfirmation

Flaschen-Weine

u. a.

Tischwein weiß
Flasche **1.20**

Obermoseler
Flasche **1.60**

Tischwein rot
Flasche **1.20**

Roussillon
Flasche **1.60**

einschl. Steuer u. Flasche.

Pfannkuch & Co

Gewerbeschule Neuenbürg.

Einladung.

Am Freitag, den 4. April, vormittags ½10 Uhr, findet im Zeichensaal der **Volksschule** die **mündliche Prüfung** des zur Entlassung kommenden Jahrgangs mit nachfolgender **Schlußfeier** statt. Die

Ausstellung der Gesellenstücke

und Arbeitsproben, welche anläßlich der diesjährigen Gesellenprüfung im Oberamtsbezirk Neuenbürg angefertigt wurden, sowie die hiefür erteilten **Gesellenbriefe** erfolgt am **Sonntag, den 6. April,** von 11 Uhr bis 6 Uhr, und **Montag, den 7. April,** von 9 Uhr bis 5 Uhr.

Gleichzeitig ist damit eine **Ausstellung** der gefertigten **Schülerarbeiten der Gewerbeschule Neuenbürg** verbunden.

Eltern und Lehrherren der Schüler, sowie sonstige Gönner und Freunde des Handwerks werden hiezu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand der Gewerbeschule:
O. Kühnel.

Neuenbürg.

Für die Konfirmation

empfehle:

Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Pralinen rc.

Tafelöl, Essig-Gurken, Tomaten-Puree.

Aprikosen, Pflaumen, Dampfäpfel, Datteln, Feigen, Mandeln rc.

Ia Weine und Spirituosen.

A. Lustnauer Nachf.,
C. Göckelmann.

Zum Besuche einer

Muster-Ausstellung der Handwerker in Karlsruhe

und zugleich **Massen-Kundgebung des Handwerks** (Referent: General-Sekretär des deutschen Handwerkes, Herr **Herrmann-Berlin**) für kommenden **Sonntag, den 6. April 1924** ergeht hiermit Einladung. Bei genügender Beteiligung

Auto-Fahrt.

Anmeldungen bis **Freitag abend** nimmt entgegen Herr **Martin Lutz.**

Eine tüchtige

Versilberin bezw. Bürsterin,

sowie einige durchaus tüchtige

Polisseusen,

die auf hohen Lohn Anspruch machen können und auf Alpacca- und Silberwaren gut eingearbeitet sind, werden angenommen.

Scholl A.-G.,
Filiale Neuenbürg.

SCHREMPF

Hüte :: Mützen Pelzwaren

Fabrik und Lager.

Karl Schrempf, Pforzheim,
Westliche 22.

Arnbach.

Ein großer Transport sehr schöner

Einstellschweine

ist bei mir eingetroffen und lade Kaufliebhaber hierzu freundlichst ein.

Ernst Buchter, Schweinehändler,
Telefon Nr. 8.

Neuenbürg.

Frischgewässerte

Stockfische

empfiehlt

Carl Mahler.

Neuenbürg.

Sämtliche Sorten

Bürstenwaren,

sowie

Fensterleder

empfiehlt

Karl Mahler, Telefon 61.

Dobel.

Habe ein gebrauchtes, sehr gut erhaltenes

Fahrrad

zu verkaufen

Wilh. Hummel jg.

Schömberg.

1 Wohnzimmer, eichen,
1 Schlafzimmer, tanne,
2 Kücheneinrichtungen,

sowie verschiedene

Einzelmöbel

zu verkaufen.

Mech. Schreinerei Kübler,
Telefon 35.

Neueräft tüchtiger

Guillocheur(in)

wird angenommen.

Scholl A.-G.,
Filiale Neuenbürg.

Färberei Printz

färbt und reinigt

zu mässigen Preisen.

Annahmestellen in: Neuenbürg bei Wilh. Fiess, Gem. Warengeschäft, Alte Pforzheimerstr. 40. **Herrenalb** bei Wilh. König, Manufaktur- u. Modewaren. **Liebenzell** bei Karl Häussler, Kaufmann. **Wildbad** bei Hermann Rothfuss, Sattler und Tapezier, Hauptstr. 79. **Schömberg** bei Joh. Kappler, Modewaren.

Neuenbürg.

Regen-Schirme

für Konfirmanden von **Mk. 5.—** an

empfiehlt **Albert Weik.**

Samenhandel ist Vertrauenssache!

Landwirtschaftl. Samen aller Art

liefert in bester zuverlässiger Ware

Otto Jung, Landesprodukten, Calw,
Telefon 80.

Kaufe

Kitzfelle, sowie sämtliche andere Felle

zu den höchsten Tagespreisen.

Fellhandlung **Metzler, Wildbad.**

Mädchen

aus guter Familie, welches sich im Kochen ausbilden möchte,

sucht Stelle

in feiner Küche.

Gefl. Anfragen erbittet

Friedrich Gauß, Metzger, **Hösen a. Enz.**

Enzklösterle.

Eine gute rehfarbene

Milch-Ziege

samt Jungen setzt dem Verkauf aus

Wilhelm Maß, Fuhrmann.

Neuenbürg.

Zu verkaufen:

Schöne elegante **Hochzeits-Anzüge,** sowie wenig getragene **Herren-Anzüge,** lange und kurze **Hosen,** neu.

Karl Finkbeiner,
Wildbaderstraße 191, parterre, bei Wirtschaft zum Schiff.

Teilzahlungen sind gestattet.

Bestellungen auf

Stempel

jeder Art nimmt entgegen

C. Meeh'sche Buchhandlung.

Pfannkuch & Co

Zur

Konfirmation

Feinster gebrannter

Kaffee

Pfd. von **2.80** an

Garantiert reiner

Kakao

Pfd. von **1.20** an

Feinste chines. u. indische

Tee's

Pfd. von **4.—** an.

Pfannkuch & Co